



Berlin, 15. Juni 2016

Pressemitteilung

Besoldungsniveau der Berliner Richter und Beamten weiterhin noch deutlich geringer als der Durchschnitt der Bundesländer

Die Berliner Richter und Beamten werden noch sehr lange deutlich schlechter bezahlt als ihre Kolleginnen und Kollegen im Bund und in anderen Bundesländern. Die Anhebung der Besoldung für Berliner Richter und Beamten zum 1. August 2016 um 2,8 % schafft noch lange nicht das gleiche Bezahlungsniveau wie der Durchschnitt der Bundesländer.

Der immer noch deutliche Rückstand von 4,5 bis 5 Prozentpunkten wird selbst innerhalb eines Jahrzehnts nicht aufgeholt sein, wenn Berlin weiterhin, wie vom Abgeordnetenhaus beschlossen, die Bezahlung lediglich um 0,5 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt der anderen Bundesländer erhöht.

Der Verband Berliner Verwaltungsjuristen fordert daher vom Senat und vom Abgeordnetenhaus Maßnahmen, die eine Angleichung – wie im Tarifbereich auch vorgesehen – an das Länderniveau bereits im Jahr 2017 erreicht.

„Diese Missachtung der Berliner Richter und Beamten ist empörend“, stellt die Vorsitzende des Berliner Verbandes der Verwaltungsjuristen, Erika Lanzke, auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes fest. „Wenn der Rückstand der Bezahlung tatsächlich noch 10 oder gar mehr Jahre dauert, wird Berlin massive Nachwuchsprobleme in der ohnehin „auf Verschleiß gefahrenen“ Berliner Verwaltung bekommen.“

„Bereits im vergangenen Jahr haben wir dazu aufgerufen, gegen die Besoldung Rechtsmittel einzulegen. Wir werden diesen Aufruf für das laufende Jahr erneuern und unterstützen auch ein Musterverfahren. Die aktuelle Rechtsprechung des Obergerichtes Berlin-Brandenburg zur Rechtswidrigkeit der Richterbesoldung in Brandenburg bestätigt uns in unserer Auffassung, dass die noch niedrigere Bezahlung im Land Berlin nicht rechters ist“.